

Deutschland
Archiv *Zeitschrift*
für das vereinigte
Deutschland

3/2005

38. Jahrgang 2005

ISSN 0012-1428 62539

Editorial

»1:1«, mit dieser Forderung hatten verschiedene Parteien im Wahlkampf um Mandate in der ersten frei gewählten Volkskammer vor 15 Jahren um Stimmen geworben. Die Forderung wurde erfüllt, die D-Mark löste nun auch offiziell jenseits von Harz und Elbe die Mark der DDR als Zahlungsmittel ab.

Mit dem Datum der Währungsunion wird gemeinhin auch der Stichtag für den Niedergang der ostdeutschen Wirtschaft verbunden. Tatsächlich erlitt diese in den folgenden Monaten und Jahren einen schweren Zusammenbruch, der die wirtschaftliche und soziale Entwicklung nicht nur im Osten, sondern in ganz Deutschland erheblich beeinträchtigte.

15 Jahre nach der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion überwiegt daher Skepsis, und vielerorts macht sich einerseits Wut breit über »Profiteure«, artikuliert sich andererseits Ärger über anhaltende Larmoyanz: »Besserwessi« und »Jammerossi« erscheinen als stete Wiedergänger. In diesen Klischees widerspiegeln sich nicht nur Vorbehalte der Deutschen einander gegenüber, vielmehr finden darin auch anhaltende Unterschiede in Lebensqualität, Lebensentwürfen und Lebensstilen ihren Niederschlag.

Solchen Unterschieden geht das *Deutschland Archiv* anlässlich des 15. Jahrestages der wirtschaftlichen Vereinigung, die die politische Einheit Deutschlands vorwegnahm, nach. Es untersucht wirtschaftliche und soziale Entwicklungen und fragt nach Perspektiven. Zugleich wirft das *Deutschland Archiv* einen Blick auf die politischen Auswirkungen des sozialen Wandels in Deutschland, der jedoch nicht nur eine Frucht des Vereinigungsprozesses bzw. des ostdeutschen Transformationsprozesses ist.

Der Wandel in Ostdeutschland und der politische wie auch der gesellschaftliche, mentale Umgang damit sind nicht zu verstehen ohne die Vorgeschichte. Diese wird auf der einen Seite gern auf das Stichwort der

»sozialistisch-zentralistischen Planwirtschaft« verengt, während sich der Blick der anderen Seite häufig auf die »sozialen Errungenschaften« der DDR beschränkt. Auch diese beiden Aspekte spielen in verschiedenen Beiträgen des vorliegenden Heftes eine wesentliche Rolle.

Die genannten Blickpunkte berühren den Komplex der Aufarbeitung der DDR-Geschichte, die in den letzten Monaten – auch im *Deutschland Archiv* – vorrangig anhand der Frage nach der Zukunft der Stasi-Unterlagen-Behörde, der »Gauck-/Birther-Behörde«, diskutiert worden ist. In dieser Ausgabe wird diese Debatte fortgesetzt.

Die Diskussion um den Umgang mit der DDR-Geschichte ist jedoch nur ein Teil der viel umfangreicheren Auseinandersetzung um die Zeitgeschichte und um ihre Folgen und Folgerungen für die Entwicklung nationaler und zunehmend auch europäischer Identitäten. So ist etwa gerade im Zuge der EU-Osterweiterung im vergangenen Jahr wie auch anlässlich des 60. Jahrestages des Kriegsendes in den letzten Wochen der Umgang mit der Geschichte der NS-Diktatur und mit ihren Folgen, auch der Vertreibung, thematisiert worden. Diese Debatte wird ebenfalls im vorliegenden Heft des *Deutschland Archivs* – auch im Anschluss an die letzte Ausgabe (2/2005) – erneut aufgegriffen.

Der Umgang mit der Geschichte sowohl der NS- als auch der SED-Diktatur sind ein wesentlicher Ausdruck für das individuelle Bewusstsein und für das gesellschaftliche Befinden. Auch hier ist ein anhaltender Wandel zu beobachten, von einem Schlusspunkt oder gar von einem »Schlussstrich« kann keine Rede sein selbst wenn der Gegenstand der Reflexion bereits 60 bzw. immerhin schon 15 Jahre entfernt ist.

Marc-Dietrich Ohse

Inhalt

Kommentare

Marc-Dietrich Ohse: Heuschrecken und Wohltäter	388
Fred S. Oldenburg: Heiner Timmermann zum 65. Geburtstag	390

Zeitgeschehen

Wilhelm Hinrichs/Ricarda Neuenburg: Unterschiedliche Demokratiezufriedenheit in West- und Ostdeutschland	393
Thorsten Erdmann: Regionale Aspekte der Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland	402
Udo Ludwig: Licht und Schatten nach 15 Jahren wirtschaftlicher Transformation in Ostdeutschland	410
Markus Pohmann: Die Industriekrise in Ostdeutschland. Zur Rolle der ökonomischen Eliten	417
Timm Gennett: Die Rentenfrage in den neuen Ländern 15 Jahre nach der Sozialunion	424
Christoph Butterwegge: Kinderarmut im gesamtdeutschen Sozialstaat	431
Manfred Wilke: Die Bundesregierung will die Erinnerung an die SED-Diktatur konzeptionell neu ordnen	438

Zeitgeschichte

Jörg Roesler: Die Stunde der Generaldirektoren? Ein vergessenes Moment der »Wende in der Wirtschaft«	443
Anita Maaß: »... bitte ich Sie, den Antrag auf Wohnraum nochmals zu prüfen«. Wohnungspolitik in Dresden während der 1970er/80er Jahre	454
Dierk Hoffmann: Lebensstandard, Alterssicherung und SED-Rentenpolitik: Zur Lage der Rentner in der DDR während der fünfziger Jahre	461
Jörg B. Blike: »Denn er ist unser: Friedrich Schiller«. Zur DDR-Rezeption eines deutschen Klassikers	473
Stefan Matysiak: Doppelte Anleitung. Zur parteiinternen Presselenkung der Blockparteien	478
Johannes Kuppe: Die KSZE und der Untergang der DDR	487

Forum

Michael Schwartz: Dürfen Vertrieben Opfer sein? Zeitgeschichtliche Überlegungen zu einem Problem deutscher und europäischer Identität	494
Falco Werkentin: DDR-Justiz und NS-Verbrechen. Notwendige Hinweise zu einer neuen Dokumentation	506
Susan Arndt: Die Archive der Vergangenheit ordnen. Wert und Sinn von Sonderarchiven	515
Johannes Beileites: Überflüssige Parallelüberlieferung oder sinnvolle Ergänzung. Der Zugang zu Unterlagen über Opposition und Widerstand in der DDR	523

Tagungen, Veranstaltungen

Andreas M. Vollmer: Bilanz und Perspektiven des Vereinigungsprozesses	530
---	-----

Theo Mechtenberg: Was ist und wozu brauchen wir europäische Identität?	533
Alesch Mühlbauer: Der Kommunismus und seine Folgen in Deutschland und Osteuropa	537
Johannes Gruhn: Das Ende des Zweiten Weltkrieges und die evangelischen Kirchen	540

Rezensionen

Philipp Heldmann: Herrschaft, Wirtschaft, Anoraks; Rolf Walter (Hg.): Geschichte des Konsums (Andreas Ludwig)	543
Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Hg. Bundesministerium für Arbeit und Soziales; Günter Manz u. a. (Hg.): Sozialpolitik in der DDR (Josef Schmid)	545
André Steiner: Von Plan zu Plan (Jörg Roesler)	547
Hanns Jörg F. Buck: Mit hohem Anspruch gescheitert (Peter Hübner)	548
Wolfgang Mühlfriedel/Edith Hellmuth: Carl Zeiss in Jena 1945–1990 (Hans Luft)	550
Bernhard Kempen/Yvonne Dorf: Bodenreform 1945–1949 (Robert Klüsener)	552
Katja Schlenker: Das unbequeme Erbe (Arnd Bauerkämper)	554
Roland Wöller: Der Forschungsbeitrag für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands (Gernot Gutmann)	556
Wolfgang Engler: Bürger, ohne Arbeit (Rainer Eckert)	557
Christoph Butterwegge u. a. (Hg.): Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland; Christian Palentien: Kinder- und Jugendarmut in Deutschland (Gisela Helwig)	559
Stefan Hradil: Die Sozialstruktur Deutschlands im Vergleich; Hartmut Kaelble/Günther Schmid (Hg.): Das europäische Sozialmodell (Josef Schmid)	560
Roland Verwiebe: Transnationale Mobilität innerhalb Europas (Herbert S. Buscher)	562
Jochim Oltmer: Migration steuern und verwalten (Cornelia Fabian)	563
Nikolaus Werz/Reinhard Nuthmann (Hg.): Abwanderung und Migration in Mecklenburg und Vorpommern; Stephan Beetz: Dörfer in Bewegung (Thorsten Erdmann)	565
Harald Hauswald/Lutz Rathenow: Leben vor dem Mauerfall (Günter Jeschonnek)	568
Sarah Kirsch: Sämtliche Gedichte (Jürgen P. Wallmann)	570
Matthias Braun: Die Literaturzeitschrift »Sinn und Form«; Armin Zeißler: Meine Weggefährten; Sabine Pamperrien: Versuch am untauglichen Objekt (Manfred Jäger)	571
Annotationen	574
Impressum	575
Die Autorinnen und Autoren dieses Heftes	576

Die Industriekrise in Ostdeutschland

Zur Rolle der ökonomischen Eliten und ihrer Unternehmenspolitiken

Markus Pohlmann, Heidelberg

Viele der mit der Vereinigung verbundenen Vorstellungen und Hoffnungen haben sich als trügerisch erwiesen. So hat zum Beispiel die Abschaffung der überkommenen sozialistischen Wirtschaftsstrukturen den Kapitalismus nicht von selbst erfolgreich zum Laufen gebracht oder gar zu ökonomisch »blühenden Landschaften« geführt. Im Gegenteil: Der nachhaltige Zusammenbruch der ostdeutschen Industrie und die anhaltende Industriekrise gilt zu Recht als einer der größten Misserfolge der Vereinigung. Rund 83 Prozent der Beschäftigung ging seit 1988 im industriellen Sektor Ostdeutschlands (der hier im Mittelpunkt steht) verloren. Die Vorstellung von privilegierten Bedingungen durch die »Patenschaft« des ökonomisch starken Westens erwies sich als eine Illusion. Verglichen mit Tschechien, Ungarn und Polen schneiden die ökonomische Transformation Ostdeutschlands deutlich schlechter ab. Die Arbeitslosenraten in Tschechien, Polen und Ungarn lagen in den letzten 15 Jahren (mit wenigen Ausnahmen) deutlich unter jenen Ostdeutschlands. Auch das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts ist in allen drei Ländern seit 1995 insgesamt weitaus höher als in Ostdeutschland. Heute lässt sich erkennen, dass die ostdeutsche Wirtschaft mit Hilfe des »reichen Westens« weder schneller noch besser im Vergleich zu den osteuropäischen Wirtschaften in Gang gekommen ist.

Eine Erklärung dieser Probleme der Restrukturierung der ostdeutschen Industrie wurde bisher im Wesentlichen auf zwei Ebenen versucht. Von Anfang an wurden auf der Systemebene die falschen Weichenstellungen der wirtschaftlichen Vereinigung betont. Die Währungsunion mit ihrem verbraucherfreundlichen, aber für die ostdeutschen Unternehmen schädlichen Umtauschkurs spielte hierbei ebenso ei-

ne Rolle wie die »neoliberale« Privatisierungspolitik der Treuhand. Unabhängig davon wurden auf der Akteursebene die nachwirkenden Mentalitäten und Traditionen der ostdeutschen Belegschaften und Manager angeführt, die mitsamt ihrer fachlichen Defizite einer schnellen »Gesundung« der ostdeutschen Wirtschaft im Wege stünden.

Beide Argumentationen, so möchte ich im Folgenden zeigen, sind weder hinreichend noch angemessen, um die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Transformation in Ostdeutschland zu erklären. Sie sind ohne eine wechselseitig korrigierende Bezugnahme aufeinander und auf die Zwischenebene der Unternehmenspolitiken nicht nur ungenau, sondern jeweils für sich betrachtet irreführend oder sogar falsch. Mit der Analyse der Rolle der Unternehmenspolitiken in der industriellen Entwicklung soll daher versucht werden, die Erklärungen auf System- und Akteursebene zu ergänzen, zu verbinden und damit gängige Schief-lagen in der Interpretation zu korrigieren.

Ich beginne meine Argumentation mit den Wandlungsimpulsen auf der Systemebene und betone ökonomische, politische und gesellschaftliche Modernisierungskonstellationen, auf deren Basis sich die Unternehmenspolitiken erst verstehen lassen (1.). Danach werde ich die Akteure als weitere Impulsgeber des organisationalen und industriellen Wandels einblenden und insbesondere ihre Sozialstruktur in den Vordergrund rücken (2.). Daran knüpft die Frage an, wie sich die Wandlungsimpulse der System- und Akteursebene in organisierte Handlungsrationaltäten übersetzen (3.) und welche Effekte aus dem Zusammenspiel der drei Ebenen resultierten (4.). Wurden aus krisenanfälligen Modernisierungskonstellationen kri-

senhafte? Es soll hier also am Vorbild von Max Weber orientiert,¹ eine Erklärungsstrategie zur Anwendung kommen, die gesellschaftliche Ordnungsprinzipien und Handlungskonstellationen mit »Trägerschichten«, deren »ökonomischen Kalkül« und Handlungsrationalitäten auf der Ebene der Organisation in Beziehung setzt und so industrielle Entwicklung sowie die Genese von Entwicklungshemmnissen in der industriellen Rationalisierung zu erklären versucht.

1. Krisenanfällige Modernisierungskonstellationen

Ich beginne meinen Argumentationspfad also bei den Modernisierungskonstellationen und institutionellen Vorformen der Systemtransformation, ohne jedoch zu unterstellen, (wie oft geschehen), dass diese sich direkt in Pfade industrieller Entwicklung übersetzen. Erst die eigensinnige Aneignung institutioneller »blueprints« durch Akteure und Organisationen bestimmt meiner Annahme nach den industriellen Entwicklungspfad. Insofern spreche ich mit krisenanfälligen Modernisierungskonstellationen eine zwar vorstrukturierte, aber gleichwohl noch strukturierbare, eine noch nicht krisenhafte Situation an. Für diese Krisenanfälligkeit der industriellen Entwicklung in Ostdeutschland zeichneten meines Erachtens vor allem drei Modernisierungskonstellationen verantwortlich:

Der Markt: Die Etablierung und Ausweitung des Marktsystems vollzog sich in Ostdeutschland – anders als in Osteuropa – weitgehend ohne die Experimentierfelder der »Schattenwirtschaft« und ohne längere Übergangsphase. Die Akteure der ostdeutschen Transformation wurden »untrainiert« ins kalte Wasser der Marktwirtschaft geworfen. Die schlagartige, politisch indizierte »Entwurzelung« der Produzenten schuf zwar damit vergleichsweise unmittelbar einen neuen ökonomischen Startpunkt, aber eine schwer hintergehbare Verwiesenheit der Produzenten auf ihre Funktionsweise sorgten für die Krisenanfälligkeit dieser Modernisierungskonstellation – an der auch die politisch unterlegte Utopie eines selbstregulierenden Marktes nichts änderte, ganz im Gegenteil.

Die Politik: Diejenigen, die überlebten, gerieten in einen Modernisierungswettbewerb, dessen Ziellinie im

Vergleich zu den osteuropäischen Ländern ebenso eindeutig wie anspruchsvoll erscheint: die ökonomische Angleichung an westdeutsches Niveau. Das Modernisierungsvorbild war politisch fixiert, der »ostdeutsche Weg« diskreditiert und der massive Institutionentransfer tat ein übriges. Es entstand eine Modernisierungskonstellation, die zwar die Orientierung am westdeutschen Produktionsmodell, am rheinischen Kapitalismus politisch prämierte, zugleich aber die Effekte einer Strukturunterschiede verschärfenden, globalen Ökonomie nicht korrigieren konnte – und sich deswegen als krisenanfällig erwies.

Die Gesellschaft: Diesem Modernisierungswettbewerb mit vorgegebenem Ziel war ebenfalls die Vorstellung einer technologischen Behebbarkeit der Systemmängel, einer sozialtechnologischen Machbarkeit von gesellschaftlicher Transformation unterlegt. Dieses, auch auf der Ebene der Unternehmen präsente Leitbild war um so prekärer, als sie auf kulturwüchsig stattfindenden, gesellschaftlichen und organisationalen Wandel angewiesen war, ohne diesen wirklich steuern zu können. Ihr krisengenerierendes Potential lag vielmehr darin begründet, dass sie einen an kulturelle Traditionen anknüpfenden Weg, auf den sie angewiesen war, vereinseitigte und teilweise abschnitt.

Diese Modernisierungskonstellationen, so möchte ich im zweiten Schritt zeigen, entfalteten aber erst ihre, den Entwicklungspfad der ostdeutschen Wirtschaft prägende Wirkkraft durch die mit der Elitenzirkulation² organisational zur Geltung kommenden Trägerschichten und deren Handlungsrationitäten.

1 Max Weber zeigt in historischer Perspektive sowohl auf, wie Entwicklungshemmnisse entstehen und sich sozialstrukturell und organisational reproduzieren als auch wie eine neue bürgerliche Trägerschicht diese auf Basis von vorgeformten Modernisierungskonstellationen und materialen Rationalitäten durchbricht und neue Organisationsformen etabliert.

2 Elite bezeichnet hier einen sozialen Kreis von Personen, der in einem gesellschaftlich relevanten Bereich (einem größeren Sozialzusammenhang bzw. einem »Teilsystem«) bzw. sozialen Raum als herrschafts- oder führungsberechtigt (bis hin zur symbolischen Macht der »Meinungsführerschaft«) anerkannt wird und privilegierte Möglichkeiten des Zugriffs auf gesellschaftlich relevante Ressourcen und/oder die Möglichkeit der Kontrolle über ihre Verteilung hat.

2. Die »Trägerschichten« der wirtschaftlichen Modernisierung: Die Rolle der ostdeutschen Eliten

Anders als dies in Osteuropa der Fall war, war die Transformation in Ostdeutschland ein »Friedhof« der sozialistischen Aristokratien. Die nationalen ökonomischen Eliten wurden schnell ausgetauscht bzw. fielen weg. Während es in Osteuropa eine hohe Quote einfacher Reproduktion³ und einen nicht unbedeutlichen Anteil an Reproduktion qua Konversion⁴ der alten Nomenklatura gab, fehlten solche Formen der Reproduktion in Ostdeutschland völlig. In Russland entstammten im Jahre 1993 51 Prozent der neuen Elite der alten Nomenklatur, in Polen waren es 40 Prozent, in Ungarn immerhin noch 33 Prozent. Am stärksten zeigt sich diese Kontinuität im Wirtschaftssektor, wo 1993 in Russland 53 Prozent, in Polen 51 Prozent und in Ungarn immerhin noch 35 Prozent der neuen ökonomischen Eliten aus der alten Wirtschaftselite kamen.⁵

Zugleich blieb aber auch der Elitenimport aus Westdeutschland im Resultat eng begrenzt.⁶ Dennoch dominierte lange Zeit das Zerrbild einer wirtschaftlichen Kolonialisierung Ostdeutschlands. Es wurde nach Carlin/Mayer und Windolf durch zwei Faktoren geprägt:⁷ durch die Überführung der Mehrzahl der privatisierten Unternehmen Ostdeutschlands in westdeutschen Besitz und die Befriedigung der ostdeutschen Nachfrage durch westdeutsche Konzerne. Diese bauten nur selten einen Standort in Ostdeutschland auf. Während die alte Wirtschaftselite der DDR anders als in Osteuropa also zur Gänze wegfiel, blieben die neuen Eliten in Westdeutschland. Elitestudien, wie zum Beispiel die Potsdamer Elitestudie, stellten denn auch eine deutliche Unterrepräsentation insbesondere von Wirtschaftseliten ostdeutscher Herkunft (gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil) fest.⁸

In der Frage der Eigentümerstrukturen war die soziale Selektivität des Transformationsprozesses besonders scharf. Die Treuhandanstalt, die innerhalb von fünf Jahren rund 15 000 Betriebe privatisierte, stellte hier die entscheidenden Weichen. Sie taxierte den Unternehmensbestand 1990 auf 76 Milliarden DM. Die Einnahmen aus dem Verkauf von ca. zehntausend angebotenen Unternehmenseinheiten werden rund 30

Milliarden DM beziffert.⁹ Allerdings hinterließ die Treuhandanstalt bei ihrer Selbstaflösung im Dezember 1994 nichtsdestotrotz Schulden in Höhe von 256 Milliarden DM, die durch die Übernahme von Alt-schulden, Kreditbürgschaften, ökologische Altlasten, Sozialpläne, Ausgaben für Unternehmensberater etc. verursacht worden waren. Diese unerwartet negative ökonomische Bilanz war von einer ähnlich unerwarteten sozialen Bilanz begleitet. Neben dem drastischen Abbau von industriellen Arbeitsplätzen zeigte sich, dass trotz des klaren Überangebots an ostdeutschen Unternehmenseinheiten auf dem Markt für Unternehmenskontrolle, ostdeutsche Manager oder Unternehmen vergleichsweise selten zum Zuge kamen. Zwar wurden in vielen Fällen Konzepte für Manager Buy Outs (MBO) vorgelegt, aber wenn deren Realisierung nicht an deren negativen Bewertung durch die Kreditinstitute scheiterte, so am fehlenden Eigenkapital. Und auch dort, wo die Treuhandanstalt der Übernahme bzw. Ausgründung durch ehemalige Leiter zustimmte, herrschten oft nur Minderheitsbeteiligungen vor.¹⁰ Ein Großteil der Unternehmenseinheiten wanderte den Auswertungen der Treuhanddaten durch Windolf und Carlin/Mayer zufolge insbesondere in

3 Einfache Reproduktion bezeichnet die Bildung der neuen Elite durch Teile der alten.

4 Reproduktion qua Konversion bezeichnet die Abwanderung von Teilen der alten Elite in andere gesellschaftliche Sektoren, z. B. von der Wirtschaft in Wissenschaft, Administration oder Politik.

5 Iván Szelényi/Sonja Szelényi: Circulation of Reproduction of Elites During the Postcommunist Transformation of Eastern Europe. Introduction, in *Theory and Society*, 5/1995, S. 623–625, 628.

6 Zwar sind heute noch 25 Prozent der Betriebe in westdeutschem Besitz, aber das westdeutsche Management spielt keineswegs die dominante Rolle in der operativen Gestaltung der Transformation.

7 W. Carlin/C. Mayer: Structure and Ownership of East German Enterprises, WZB Discussion Paper, Berlin 1995, FS I, S. 95–305; Paul Windolf: Die Transformation der ostdeutschen Betrieben, in: *Berliner Journal f. Soziologie*, 4/2996.

8 Wilhelm Bürklin: Die Potsdamer Elitestudie 1995. Ein Forschungsprojekt an der Universität Potsdam, Potsdam 1996.

9 Vgl. Windolf (Anm. 7), S. 468.

10 Ebd., S. 470.

den Besitz westdeutscher oder auch ausländischer Unternehmen.¹¹ Auf rund zwei Drittel der Unternehmen wird dieser Anteil geschätzt. Nur rund ein Viertel der Unternehmen ist in Besitz ostdeutscher Personen oder Unternehmen gelangt. Damit zeitigte die Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt einen deutlichen Effekt auf die Eigentümer- und damit auch die Elitenstruktur. Aus den sozialistischen Managern sind also in der Regel keine Eigentümer geworden (d. h. eine vertikale Reproduktion¹² in der Frage der Eigentümer fand in geringerem Maße statt), sondern die nationalen »Eigentümer-Eliten« wurden weitgehend ausgetauscht.

Doch diese Fakten müssen ergänzt und das Zerrbild der Kolonialisierung muß durch den Einbezug der regionalen Eliten korrigiert werden. Das Bild wird differenzierter, wenn man nicht nur die durch die Treuhandanstalt privatisierten Unternehmen betrachtet, sondern darüber hinaus auch die Neugründungen in die Analyse mit einbezieht. Sie spielten im ostdeutschen Transformationsprozess eine große Rolle und zeitigten einen deutlichen Effekt auf die regionale Elitenstruktur. Denn etwas mehr als die Hälfte der eher klein- und mittelständischen Unternehmen in Ostdeutschland wird heute von Geschäftsführern ostdeutscher Herkunft geleitet. Zirkulationsprozesse verbinden sich hier mit Prozessen vertikaler Reproduktion.

Zugleich haben sich die Subeliten (das mittlere Management) auf den verbliebenen Stellen weitgehend reproduziert. Doch damit nicht genug. Zieht man darüber hinaus das Neugründungsgeschehen vollends mit ein (und damit noch kleinere Unternehmen), so finden sich nach den Ergebnissen des IAB-Betriebspanels 1999 nur noch elf Prozent der Unternehmen unter westdeutscher Leitung.¹³ Damit spielen nicht nur westdeutsche, sondern gerade auch ostdeutsche Manager eine gewichtige Rolle in der Prägung des Transformationsprozesses.

Es zeigt sich, dass auf Basis einer sehr weitgehenden vertikalen Reproduktion auf der Ebene der regionalen Eliten und Subeliten der heute eher mittelständischen Unternehmen in Ostdeutschland Geschäftsführer und Manager ostdeutscher Herkunft von zentraler Bedeutung sind.

Geißler hat 1994 die »Generation des späten Mittelalters« als die Verlierer der Vereinigung bezeichnet.¹⁴ Für die Besetzung wirtschaftlichen Positionseliten in der Industrie Ostdeutschlands gilt dies jedoch nicht. Unter diesen sind die Führungskräfte des »späten Mittelalters« am stärksten repräsentiert. Während, wie eben erwähnt, die meisten älteren Leiter, entweder in den regulären Ruhestand wechselten oder über die Vorruhestandsregelung »abgewickelt« wurden, besetzten überwiegend Führungskräfte aus der Altersgruppe der 45- bis 54-Jährigen die hierdurch freigewordenen Führungspositionen neu. Jüngere Mitarbeiter und Führungskräfte standen damit – sofern sie nicht in erster Linie professionelle Tätigkeiten ausübten – vor verengten Karrierewegen. Dies hatte unter anderem zur Folge, dass gerade die jüngeren Fach- und Führungskräfte, die auf Grund ihrer hohen Qualifikation gute Chancen auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt hatten, dorthin abwanderten.

Die bereits seit den 60er Jahren in der DDR beobachtbare Tendenz, die Elitepositionen in der Wirtschaft bevorzugt durch Personen mit hohen Bildungstiteln und Studium zu besetzen, hat sich darüber hinaus im Transformationsprozess weiter fortgesetzt. Die Selektionsprozesse im ostdeutschen Management führten zu einem sehr hohen Akademikeranteil. Zum einen sind die Leiter der »Aufbaugeneration«, die zu meist über niedrigere formale Bildungsabschlüsse verfügten, aus den Unternehmen ausgeschieden. Zum anderen war das Angebot an formal hochqualifizier-

11 Ebd., Carlin/Mayer (Anm. 7).

12 Vertikalen Reproduktion der Eliten: Besetzung der Elitepositionen durch frühere Subeliten nach der Systemtransformation.

13 IAB-Betriebspanel 1999. Diese Daten sind allerdings für die regionale Struktur der Eliten und Subeliten wenig aussagekräftig, da diesen die Klein- und Kleinstunternehmer nicht zugerechnet werden können.

14 Rainer Geißler: Neue Strukturen der sozialen Ungleichheit im vereinten Deutschland, in: Robert Hettlage/K. Lenz (Hg.): Deutschland nach der Wende. Eine Fünf-Jahres-Bilanz, München 1994; vgl. Martin Diewald/Anemette Sørensen: Erwerbsverläufe und soziale Mobilität von Frauen und Männern in Ostdeutschland. Markostrukturelle Umbrüche und Kontinuität im Lebensverlauf, in: Martin Diewald/Karl-Ulrich Mayer (Hg.): Zwischenbilanz der Wiedervereinigung. Opladen 1996, S. 62–88.

ten Leitern in der zweiten und dritten Führungsebene der ehemaligen Kombinatbetriebe relativ groß. »Personen in Leitungspositionen unterhalb des Fachschulniveaus«, so Diewald/Sørensen, »sind sämtlich nach 1989 abgestiegen oder arbeitslos geworden; von den Fachschulabsolventen sind es zwei Drittel, von den Hochschulabsolventen ist es »nur« die Hälfte. Dagegen macht es keinen Unterschied, ob die Leitungspositionen in der Produktion, im Dienstleistungsgewerbe oder beim Staat angesiedelt waren.«¹⁵ Nach unterschiedlichen Untersuchungen lag der Anteil der Hochschulabsolventen unter den Führungskräften ostdeutscher Herkunft zwischen 64 und 97 Prozent.¹⁶ 2002 liegt ihr Anteil unseren Untersuchungsergebnissen¹⁷ zufolge bei 94 Prozent. Diesen Ergebnissen zufolge kam es bei den Führungskräften zu keiner umfassenden Entwertung der in der DDR erworbenen formalen beruflichen Qualifikationen. Die in der DDR erworbenen Bildungsabschlüsse haben auch nach der Vereinigung eine maßgebliche Rolle gespielt.

Bemerkenswert ist auch die Verteilung der Hochschul- und Fachhochschulabsolventen auf die einzelnen Fachrichtungen. So verfügen unterschiedlichen Untersuchungen zufolge zwischen 67 und 89 Prozent der Ostmanager über einen technischen oder naturwissenschaftlichen Studienabschluss, während es in Westdeutschland 2002 nur noch 37 Prozent sind. Dabei ist davon auszugehen, dass sich die bereits in der DDR bestehende Dominanz der Techniker und Ingenieure im Transformationsprozess weiter verstärkt hat, galten sie doch durch das »alte« System ideologisch weniger vorbelastet als Führungskräfte oder Absolventen gesellschaftswissenschaftlicher Disziplinen.

Im Vergleich zu den osteuropäischen Ländern erscheint der Transformationsprozess in Ostdeutschland in der Frage der wirtschaftlichen Positionseliten als ein »Sonderweg«, der sich weder einfach als »Kolonialisierung« noch als »Elitenreproduktion« begreifen lässt. Die gleichwohl besonders relevante Gruppe der ostdeutschen Manager setzt sich also im Regelfall aus einer im Sozialismus in den Karrieren blockierten, eher systemneutralen Generation von naturwissenschaftlich-technisch gebildeten Führungskräften aus der zweiten und dritten Reihe der sozialistischen Kombinate zusammen. Mit Ausnahme

des westdeutschen Personals gab es keine Quer- und Seiteneinstiege. Die vergleichsweise alten und erfahrenen Ingenieure haben ihre Karrieren ohne große Aktivitäten in der Weiterbildung und auf Basis einer insgesamt trotz der Vereinigung geringen horizontalen Mobilität – im Bezug auf Firmen-, Branchen- und Ortswechsel – fortgesetzt. Ihr betrieblicher Status als Experten oder Führungskräfte erfuhr (materiell, positional und sozial) eine deutliche Aufwertung und schuf – angesichts der Massenarbeitslosigkeit ihrer Kollegen und der Krise der ostdeutschen Industrie – eine starke motivationale Basis zur Bewältigung der Transformationsprobleme.

3. Die Politiken der Unternehmensgestaltung

Sowohl die Impulse auf der Systemebene als auch die Ingenieurskulturen auf der Akteurebene sorgten für technizistische Auslegungen und technologische Bewältigungsformen der ökonomischen Probleme der Vereinigung. Die Systemtransformation bedeutete für die regionalen ostdeutschen Eliten zuallererst eine mit hoher Emotionalität versehene Freisetzung »technischer Vernunft«. Die entsprechend vertrational unterlegten Gestaltungsschemata und kognitiven Landkarten waren von dieser Freisetzung geprägt, die davon ausgehenden Wandlungsimpulse klar identifizierbar.

a) Der erste Bezugsrahmen der Handlungen war sehr klar durch eine Vor(r)an(g)stellung technologischer Fragen und eine Nachordnung organisatorischer und marktökonomischer definiert. Organisierung und Markterschließung waren auf dieser Basis, auch

15 Ebd., S. 68.

16 Markus Pohlmann/Hanjo Gergs: Manager in Ostdeutschland. Reproduktion oder Zirkulation einer Elite?, in: Kölner Zs. f. Soziologie u. Sozialpsychologie 49 (1997), S. 540–562; dies.: Ökonomische Eliten vor und nach der Wiedervereinigung. Die Selektivität des Transformationsprozesses, in: Stefan Hornbostel (Hg.): Sozialistische Eliten. Horizontale und vertikale Differenzierungsmuster in der DDR, Opladen 1999.

17 Ich beziehe mich dabei auf zwei DFG-Projekte, in denen ich zusammen mit Rudi Schmidt und Hanjo Gergs aktiv war. Das erste wurde 1997 an der Universität Jena abgeschlossen und das zweite zum »Generationswechsel im Management« findet im Rahmen des SFB 580 der DFG an den Universitäten Jena und Halle statt.

wenn sie als wichtig erachtet wurde, immer nur periphere, nachgeordnete Elemente der ökonomischen Handlungsrationalität. Im Rahmen des Möglichen wurden technische Vervollkommnung und Originalität als Wegbereiter ökonomischen Erfolges auf Märkten erachtet.

b) Doch damit nicht genug. Die harten Probleme ökonomischer Angleichung wurden als Probleme technologischen Aufholens dechiffriert. Ein stabiles, im Kern technikzentriertes Gesellschafts- und Selbstbild führte zur Annahme einer im Vorhinein bereits hinreichenden Kenntnis der Funktionsweise des neuen ökonomischen Systems, weswegen eine Angleichung an den Westen durch Nachahmung des westdeutschen Produktionsmodells als einfach möglich erschien.

c) Zugleich wurden die sozialen Probleme der Organisation als sozialtechnologisch beherrschbar erachtet. Soweit sich die Organisationsstruktur durch die technische Gestaltung der Abläufe für die technokratischen Eliten nicht von selbst ergab, wurden die Probleme der Motivation, der Sozialintegration in der sozialen Handlungsrationalität der technokratischen Eliten als sich aus den Sachzwängen des Organisierens heraus von selbst lösend erachtet.

Die Vorstellung des Marktes als ein selbstregulierendes System wurde in eine technische Rationalität eines technologischen »survival of the fittest« übersetzt. Diese technizistische Fiktion, die gegenüber den strukturellen Unbestimmtheiten der Verwertung zur Geltung kam, bot nicht nur Sicherheit, sondern wurde mit jeder Erwartungsenttäuschung in ihrer Rationalität weiter verfestigt. Im Falle des Scheiterns war man eben technisch noch nicht gut genug gewesen. Das technische Denkmodell eines »Naturgesetzes« des Marktes (und die damit einhergehenden Heilserwartungen) wurden nicht nur durch die Autoritätsanerkennung von Führungskräften durch die ostdeutschen Belegschaften unterstützt, sondern auch durch die regionale Subvention von technisch innovativen Produktentwicklungen gefördert. Die Industriepolitiken verstärkten diese Ausrichtung der Unternehmenspolitiken noch.

Daran anknüpfend entfaltete auch die Vorstellungen einer »Angleichung durch Nachahmung« des Westens enorme Geltungskraft in den Unternehmenspolitiken. Sie ließ hintergründige Gleichheitsvorstellungen an-

klingen und ersetzte gegenüber den Unwägbarkeiten einer Neupositionierung der Unternehmen in globalen Warenketten schwierige strategische Überlegungen. Je mehr diese Fiktion einer Anknüpfung an das westdeutsche Produktionsmodell von den tatsächlichen Möglichkeiten ökonomischer Entwicklung abwich, desto stärker klammerte man sich auch die ostdeutschen Belegschaften an sie. Und je mehr die Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft davor zurückblieb, desto mehr prämierte und subventionierte die regionale Industriepolitik diese Orientierung am westdeutschen Produktionsmodell – und beschnitt damit Perspektiven eines eigenen ökonomischen Wegs ostdeutscher Regionen.

In der Frage der sozialtechnologischen Behebbarkeit der Systemmängel wurde zwar mit der Vorstellung einer naturwüchsig sich ergebenden Organisationsform gebrochen, gleichwohl erwies sich die Vorstellung einer rationalen Organisation, die quasi automatisch zu mehr Beherrschbarkeit, Steuerbarkeit und Kontrolle führt, als in mehr als der Hälfte der von uns untersuchten Unternehmen als hoch anschlussfähig. Der Effekt war paradox: Je fester der Glaube an die rationale Organisation war, desto stärker schien die soziale Realität in den Unternehmen davon abzuweichen, was wiederum den Glauben an die Notwendigkeit derselben im Management stärkte.

Es zeigte sich also, dass die kulturelle Aneignung der »institutionellen blueprints« auf der Ebene der Organisation auf eigensinnigen Übersetzungsleistungen in den Deutungs- und Gestaltungsweisen der Unternehmenspolitik beruhte, die als Brücke für den Übergang ins neue System dienten und als solche unverzichtbar waren. Sie erlaubten es den Organisationen erst, in diesem enormen Ausmaß zu lernen und Strukturen zu ändern und verschafften den Akteuren Anknüpfungspunkte, die es ermöglichten, den krisenhaften Wandel auf Basis einer Balance von Kontinuität und Wandel zu verkraften. Jeder Rekurs auf überkommene Mentalitäten, Unvermögen oder Lernblockaden greift hier nicht nur zu kurz, sondern führt in die Irre.

4. Andauer der ostdeutschen Industriekrise und erkennbare Konsolidierungsprozesse – Schluss und Ausblick

Die Folgen einer solchen, nur teilweise durchbrochenen, organisationalen Institutionalisierung der Handlungsrationitäten der technokratischen Eliten erwiesen sich aber gleichwohl als dramatisch. Aus krisenanfälligen Modernisierungskonstellationen entwickelten sich krisenhafte, die zum Anhalten der Strukturkrise der ostdeutschen Wirtschaft in den 90er Jahren beitrugen. Die an der Utopie eines selbstregulierenden, technischer Rationalität folgenden Marktes orientierten Handlungsrationitäten der technokratischen Eliten scheiterten in vielen Fällen. In direkter Abhängigkeit von der westdeutschen Ökonomie konnte der Neueinstieg mit avancierten, aber noch namenlosen High-Tech-Produkten nicht gelingen. Der Markteintritt scheiterte oft auch am selbstverständlichen Missachten einer Akkulturationsproblematik, am Umgang mit der Undurchsichtigkeit der nationalen und internationalen Märkte. Ihre technizistische Deutung wurde marktökonomisch nicht belohnt. Erst auf dieser Basis lässt sich erklären, warum die schlagartige »Entwurzelung« der ostdeutschen Produzenten zu Entwicklungshemmnissen führte, welche die Strukturkrise der ostdeutschen Wirtschaft andauern ließ.

Dazu trug auch die aufrechterhaltene Fiktion einer möglichen Angleichung durch Nachahmung des Westens bei. Die technokratische Elite verfolgte mit wenigen Ausnahmen eine am rheinischen Kapitalismus orientierte, und damit rückwärtsgewandte Politik der Unternehmensmodernisierung. Der naheliegende und nahegelegte Versuch, sich in ähnlicher Weise wie westdeutsche Unternehmen in die globale Ökonomie zu integrieren, scheiterte bereits daran, dass weder die Voraussetzungen für eine solche Nachahmungsstrategie gegeben waren noch sich auf den Märkten entsprechende Nischen eröffneten. Dadurch verschärfte sich die Krisensituation jedenfalls deutlich.

Trotz der vielfachen Chancen für einen organisationalen Neuanfang blieb in der Frage der Arbeitsorganisation ein progressiver Modernisierungsschub weitgehend aus. Im Zusammenspiel der Handlungsra-

tionalitäten der technokratischen Eliten und der Belegschaften blieb die zur Nutzung der neuen, flexiblen Technologien oftmals erforderliche Flexibilisierung der Arbeitsorganisation auf der Strecke. Die Belegschaften, die – im Durchschnitt vierzig Jahre alt und in der Regel als Facharbeiter qualifiziert – erfuhren einen dreifachen Statusverlust. Ihre Qualifikationen und ihr Erfahrungswissen wurde teilweise entwertet. Sie hatten Massenentlassungen hinnehmen müssen und die besondere Anerkennung ihres sozialen Status verloren. Die Angst um den Arbeitsplatz überschattete ihre ansonsten hohe Motivation. Es schien riskant, in den Betrieben weitergehende Verantwortung zu übernehmen, solange die Gefahr bestand, aufgrund der ungesicherten Situation der Betriebe mögliche Fehler persönlich »ausbaden« zu müssen. Dies blockierte eine arbeitsorganisatorische Modernisierung, für welche die Unternehmen ohnehin nicht mehr viel Geld übrig hatten. Diese weitgehend ausbleibende arbeitsorganisatorische Modernisierung hat aber nicht nur zur Andauer der Strukturkrise der ostdeutschen Industrie beigetragen, sondern wurde darüber hinaus auch noch in vielen Fällen auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen.

Auf Basis der Modernisierungskonstellationen der Transformation der ostdeutschen Industrie, dies sollte gezeigt werden, haben sich im Zusammenspiel von technokratischen Eliten und Belegschaften krisengenerierende und -verschärfende Handlungsrationitäten in den Unternehmen ausgebildet und wechselseitig verstärkt. Krisenerklärungen, die nur auf der System- oder nur auf der Akteurebene operieren, blenden diesen zentralen Zusammenhang zwischen der Entfaltung der Unternehmenspolitiken im Rahmen der krisenanfälligen Modernisierungskonstellationen und den eigensinnigen Handlungsrationitäten der »Trägerschichten« in ihren Effekten für die industrielle Entwicklung aus.

Im Rahmen eines solchen Erklärungsversuchs lassen sich aber auch Hinweise auf heute bereits erkennbare Konsolidierungsdynamiken geben, welche die Reproduktion der Transformationskrise der ostdeutschen Industrie nach und nach durchbrechen:

Da sind *erstens* die zunehmenden Erfahrungen derjenigen zu nennen, die in der Transformationskrise

durchgehalten und neue »Selbstverständlichkeiten« und Handlungsrationaltäten im Umgang mit dem Ordnungsprinzip des Marktes entwickelt haben. Sie beginnen zunehmend die sozialen Voraussetzungen und die soziale Einbettung des Marktsystems zu verinnerlichen und damit die erste krisenhafte Modernisierungskonstellation zu durchbrechen. *Zweitens* ist bei dem Alter der Ostmanager noch in diesem Jahrzehnt der Beginn eines weitreichenden Generationswechsels zu erwarten, bei dem die Wahrscheinlichkeit steigt, dass extern rekrutiertes, jüngeres Personal Einzug hält, deren berufliche Sozialisation bereits in der Marktwirtschaft stattgefunden hat. Hierbei spielt heute bereits das Gründungsgeschehen in der

ostdeutschen Industrie eine Rolle, aus der sich die derzeitige Konsolidierungsdynamik zu einem Gutteil speist. Eine Erosion der Orientierung am rheinischen Kapitalismus, wie bereits in Westdeutschland erkennbar, ist dabei wahrscheinlicher geworden. *Drittens* könnte eine stärker empfundene Arbeitsplatzsicherheit der Beschäftigten nach der Überwindung des Entlassungsschocks wieder erste Spielräume von Verantwortungsdelegation und arbeitsorganisatorischer Gestaltung eröffnen und die Reproduktion der krisenhaften Modernisierungskonstellationen erschweren. Ob diese Konsolidierungsdynamik aber die ostdeutsche Industrie in eine länger anhaltende Prosperität führt, ist heute wieder eine offene Frage.

Die Rentenfragen in den neuen Ländern 15 Jahre nach der Sozialunion

Timm Genett, Berlin

»AAÜG und kein Ende«, titelten kürzlich die Rentenexperten der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) in ihrer Hauszeitschrift¹ und brachten damit zum Ausdruck, dass das Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz (AAÜG), welches die Sonder- und Zusatzversorgungssysteme der DDR in bundesdeutsches Rentenrecht überführen sollte, noch auf unabsehbare Zeit die deutschen Gerichte beschäftigen wird. Nicht anders geht es dem ebenfalls aus dem Jahr 1991 stammenden Rentenüberleitungsgesetz (RÜG), dessen Vertrauensschutzregelungen für DDR-Bestandsrentner in diesem Jahr das Bundesverfassungsgericht revidieren wird. Bereits im vergangenen Jahr hatten DDR-Spitzenfunktionäre mit ihren Klagen gegen das AAÜG vor dem Verfassungsgericht Erfolg: dieses beurteilte die bislang für die DDR-Gehaltsklasse E 3 (ab 30 000 Mark im Jahr) geltende Rentenbegrenzung als verfassungswidrig. Der Deutsche Bundestag hat nun bis Ende Juni Zeit, eine neue Regelung zu treffen.² Damit muss der Rechtsstaat nach 1996 und 2001 zum dritten Mal die

Rentenposition von einstmaligen Systemnahen und Privilegierten eines Unrechtsregimes verbessern. Rund 13 000 Rentner dürfen nun mit Nachzahlungen und Rentenerhöhungen rechnen – darunter auch Prominente des SED-Regimes wie Margot Honecker.

Die höchstrichterlichen Revisionen, aber auch die Vielzahl noch anhängiger Verfahren vor den Sozialgerichten sowie die nicht abebbende Flut von Eingaben an den Petitionsausschuss des Bundestages zeigen, dass die Rentenüberleitung 15 Jahre nach der Sozialunion noch längst nicht abgeschlossen ist. Dem entspricht der Umstand, dass es kaum eine Berufsgruppe der ehemaligen DDR gibt, die heute nicht über eine rentenpolitische Interessenorganisation verfügt:

¹ Ilona Schwitzer/Dominique Recktenwald, AAÜG und kein Ende, in: Die Angestelltenversicherung, 12/2004, S. 563–568.

² Vgl. den Gesetzentwurf von SPD und Grünen v. 19.4.2005, Bundestags-Drucks. (BT-Drs.) 15/5314.